



Medienmitteilung der EVP Kanton Solothurn

Die EVP ist wenig erfreut über die geplante Umsetzung der Steuerreform

Die EVP Kanton Solothurn nimmt die von der Regierung verabschiedete Botschaft zur SV17 wenig erfreut zur Kenntnis. Statt einer erhofften Verbesserung im Vergleich zur Vernehmlassungsvorlage liegt nun gar eine für den Kanton finanziell noch mehr belastende Vorlage vor. Der Regierungsrat hat sich den Gemeinden und den Wirtschaftsvertretern gebeugt, während gleichzeitig auf Anliegen der Gegnerschaft der Tiefsteuerstrategie nicht eingegangen wurde. Sehr verwundert ist die EVP zudem darüber, dass nach wie vor keine konkrete Strategie vorliegt, wie die enormen zukünftigen Steuerausfälle kompensiert werden sollen.

(Bezüglich der grundsätzlichen Hinweise zur Steuervorlage und den Forderungen verweisen wir auf die damalige Medienmitteilung vom 22. August 2018. In der Folge gehen wir hier nur auf die Änderungen zur Vernehmlassung ein.)

«Die Regierung hat immer noch keine Strategie, wie die enormen zukünftigen Steuerausfälle kompensiert werden sollen», zeigt sich EVP-Kantonsrat André Wyss verwundert. Statt auf die Anliegen der Gegnerschaft der Tiefsteuerstrategie einzugehen und aufzuzeigen, mit welchen Gegenmassnahmen das drohende Finanzloch aufgefangen werden soll, liegt uns nun eine Vorlage mit einem für den Kanton noch höheren Defizit vor.

Während der Regierungsrat in der ersten Fassung noch betonte, dass die Gemeinden ihren Teil zur Umsetzung mitzutragen haben, da diese schliesslich (zumindest gemäss erhoffter Prognose) langfristig auch profitieren würden, so hat er sich nun dem Druck des Gemeindeverbandes gebeugt und will die Gemeinden (zu Beginn) vollständig ausfinanzieren. Die EVP ist der Meinung: Wenn die Gemeinden die Tiefsteuerstrategie fordern, so sollen sie auch bereit sein, die finanziellen Konsequenzen hierfür zu tragen. Es kann nicht sein, dass die ganze Last der Kanton alleine übernimmt.

Ebenso wurden die ursprünglich guten Vorsätze bei der Dividendenbesteuerung und bei den Vermögenssteuern relativiert, indem die Tarife hier nun zu Ungunsten der Kantonsfinanzen noch angepasst wurden.

Die EVP wird sich (neben den in der Medienmitteilung vom 22. August 2018 bereits aufgeführten Punkten) insbesondere für folgende Punkte einsetzen:

- Keine „Tiefsteuerstrategie“ auf Kosten der natürlichen Personen. Eine Steuererhöhung bei den natürlichen Personen bzw. mögliche Budget-Kürzungen bei den sozial Schwächeren sind ein tabu.
- Keine „Tiefsteuerstrategie“ ohne konkrete Kenntnis darüber, wie die Defizite ausgeglichen werden sollen.
- Keine Bevorzugung eines bestimmten Familienmodells. Bei den Ausgleichsmassnahmen müssen alle Familien gleich profitieren können.

Für Auskünfte:

André Wyss, Vize-Präsident, Kantonsrat: (P) 062 849 49 91, (G) 062 836 90 29

Elia Leiser, Präsident EVP Kanton Solothurn: 076 453 32 92